Fehlgesteuert: Lehrerarbeitsmarkt

// Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat eine aktualisierte Prognose zum Lehrkräftebedarf bis 2025 vorgelegt. Die Erhebung hält wissenschaftlichen Standards zwar nicht stand, offenbart aber trotzdem eine gravierende Fehlsteuerung. Die GEW fordert politische Konsequenzen. //

Das alte System der Lehrerausbildung und -bezahlung habe ausgedient, es setze falsche Anreize und führe zu einer gravierenden Fehlsteuerung. So kommentierte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe die jüngsten Zahlen zum Lehrerarbeitsmarkt. Hintergrund war die Veröffentlichung der aktuellen Modellrechnung der KMK zu Lehrereinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland bis 2025. Die KMK sieht in den kommenden Jahren deutschlandweit ein zunehmendes Überangebot. Einem durchschnittlichen Bedarf von 25 800 Neueinstellungen pro Jahr stünden im Schnitt 33 900 Absolventinnen und Absolventen gegenüber (siehe Grafik 1). Das unausgesprochene Signal: Lehramtsstudierenden droht künftig wieder Arbeitslosigkeit.

Dass die KMK dies nicht offen ausspricht, hat gute Gründe: Das Überangebot besteht zum weit überwiegenden Teil in den allgemeinbildenden Fächern der Sekundarstufe II und im Gymnasialbereich. In den beruflichen Fächern der Sekundarstufe II und den sonderpädagogischen Lehrämtern gibt es dagegen auch weiterhin einen erheblichen Mangel an Lehrkräften (siehe Grafik 2). In den ostdeutschen Bundesländern erwartet die KMK sogar eine generelle Mangelsituation. Es ist deshalb kein Widerspruch, wenn die KMK einerseits feststellt, für Deutschland stünden bis zum Jahre 2025 insgesamt betrachtet genügend ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung, andererseits aber betont, das Problem nicht besetzbarer Stellen bleibe in allen Ländern weiterhin bestehen. Politische Konsequenzen aus dieser komplexen Lage finden sich in der Modellrechnung nicht. Einen Anstoß zur Debatte geben die Zahlen allemal.

Mit Vorsicht zu genießen

Allerdings sind die Berechnungen der KMK mit Vorsicht zu genießen. Von wissenschaftlichen Standards ist die Modellrechnung weit entfernt: Sie beruht auf den Rückmeldungen der Länder, deren Plausibilität die KMK nicht hinterfragt. Insofern stand schon die letzte Prognose von 2011 unter dem Verdacht, politischen Setzungen zu entsprechen und nicht dem objektiv Gebotenen. Das gesteht die KMK freimütig ein, wenn sie hervorhebt, dass politische Entwicklungen die Größen Angebot und Bedarf maßgeblich beeinflussten und eine Modellrechnung für den Lehrereinstellungsbedarf und das -angebot die tatsächlich eintretende Entwicklung niemals werde exakt vorhersagen können. Das wird zwar auch niemand ernstlich erwarten, ein bisschen mehr Transparenz bei den Zahlen aber schon.

Einzig verlässliche Größe ist laut KMK die globale Entwicklung der Schülerzahlen, alles andere gilt mehr oder weniger als „Unsicherheit“: Welche Lehrämter gefragt seien, hänge von den persönlichen Entscheidungen der Schüler bzw. deren Eltern ab. Ein weiteres Problem seien die „in einem ständigen Wandel befindlichen

TOP REISEN
TOP PREISE
DGB Reisen
Vertrauen seit 1961
*3% Rabatt auf viele Reisen für GEW-Mitglieder und deren Mitreisende

Lust auf mehr? Weitere tolle Angebote unter
www.dgb-reisen.de/GEW
Ihr Reisetelefon: 0231 – 95 85 555
Ortstarif – täglich von 8:00 – 22:00 Uhr
Reiseveranstalter: DGB-Reisen GmbH · 44137 Dortmund.

PÄDAGOGIK
Jetzt testen! 3 Hefte nur 10 €

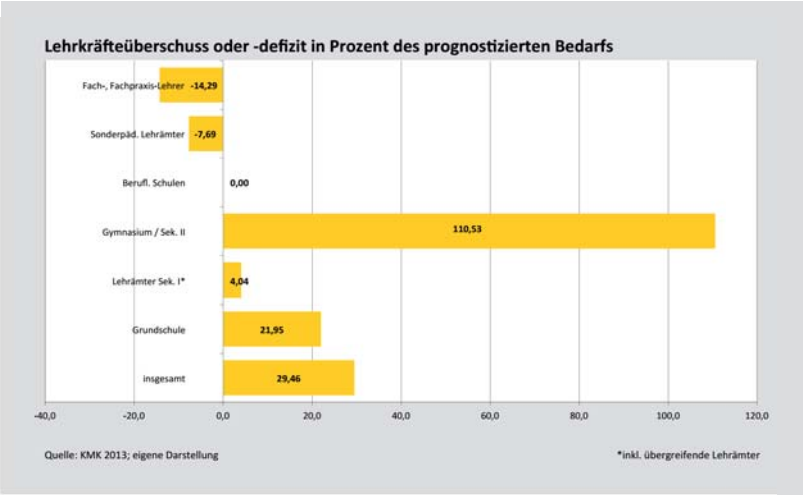
Anregungen für guten Unterricht, Konferenzen und Schulentwicklung

Möchten Sie die PÄDAGOGIK kennenlernen?
Dann bestellen Sie das besonders günstige Test-Abonnement:
Die nächsten Hefte für nur 10 € (portofrei)
• Beltz-Medienservice, Postfach 10 05 65, D - 69445 Weinheim
• Telefon: +49 (0)6201/6007-330 • Fax: +49 (0)6201/6007-331
• E-Mail: medienservice@beltz.de

www.beltz.de/paed-testabo
www.beltz-paedagogik.de
BELTZ

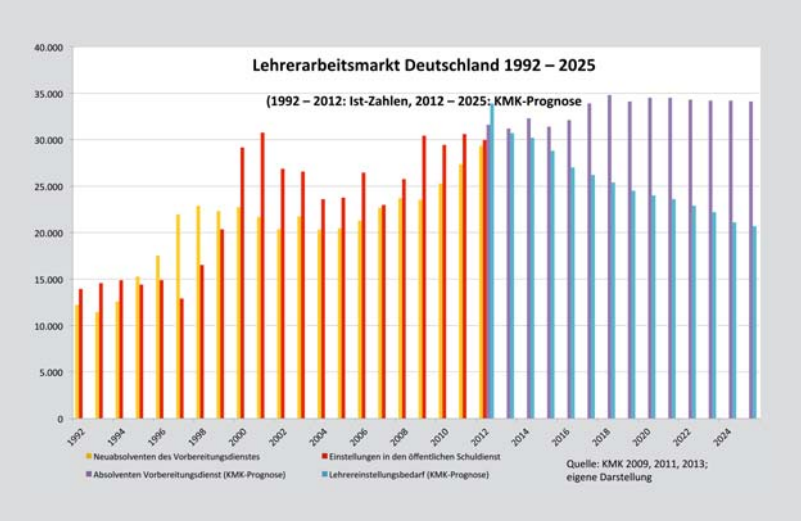
Rahmenbedingungen“. Darunter fällt das ganze Spektrum bildungs-, finanz- und personalpolitischer Entscheidungen und Entwicklungen, vom Ausbau der Ganztagsschulen und der Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums über Klassengrößen, Pflichtstunden, Teilzeit, Ruhestandseintritt bis hin zur Befristung von Arbeitsverträgen. Das wichtige Stichwort Inklusion fällt gar nicht. Der „Bedarf“ an Sonderpädagoginnen und -pädagogen wird einfach fortgeschrieben. Welche Maßstäbe welches Land bei der Bemessung des Lehrkräftebedarfs ansetzt, bleibt völlig unklar.

Diese Intransparenz war bereits im vergangenen Jahr Anlass für die GEW, im Gespräch mit der KMK auf einen verbindlicheren Dialog zu pochen. Leider gab es hierfür nur in wenigen Bundesländern ernsthafte Ansätze. Hintergrund ist die sogenannte demografische Rendite. Dahinter verbergen sich die Mittel in den Haushalten der Länder, die frei werden, weil die Schülerzahlen sinken. Der nationale Bildungsbericht 2010 hatte darin ein Gestaltungspotenzial gesehen, das sich bis 2025 auf bis zu 20 Milliarden Euro pro Jahr belaufen werde. Die politische Zusage lautete, das Geld werde „im System“ bleiben. Aus Sicht der GEW bestünde hier eine Jahrhundertchance für qualitative Verbesserungen im Bildungswesen. Die Debatte um den laufenden Abbau von Stellen für Lehrkräfte in fast allen Ländern macht aber die reale Gefahr deutlich: Bis zu 20 Milliarden Euro im Jahr sind ein gefundenes Fressen für die Finanzminister, wenn es darum geht, die Schuldenbremse einzuhalten.



Bleibt Geld im System?

Um zu bewerten, ob die Zusage, das Geld bleibe im System, auch eingehalten wird, bedarf es zwingend konkreter Hinweise darauf, wie die Stellenbemessung in den Ländern erfolgt.

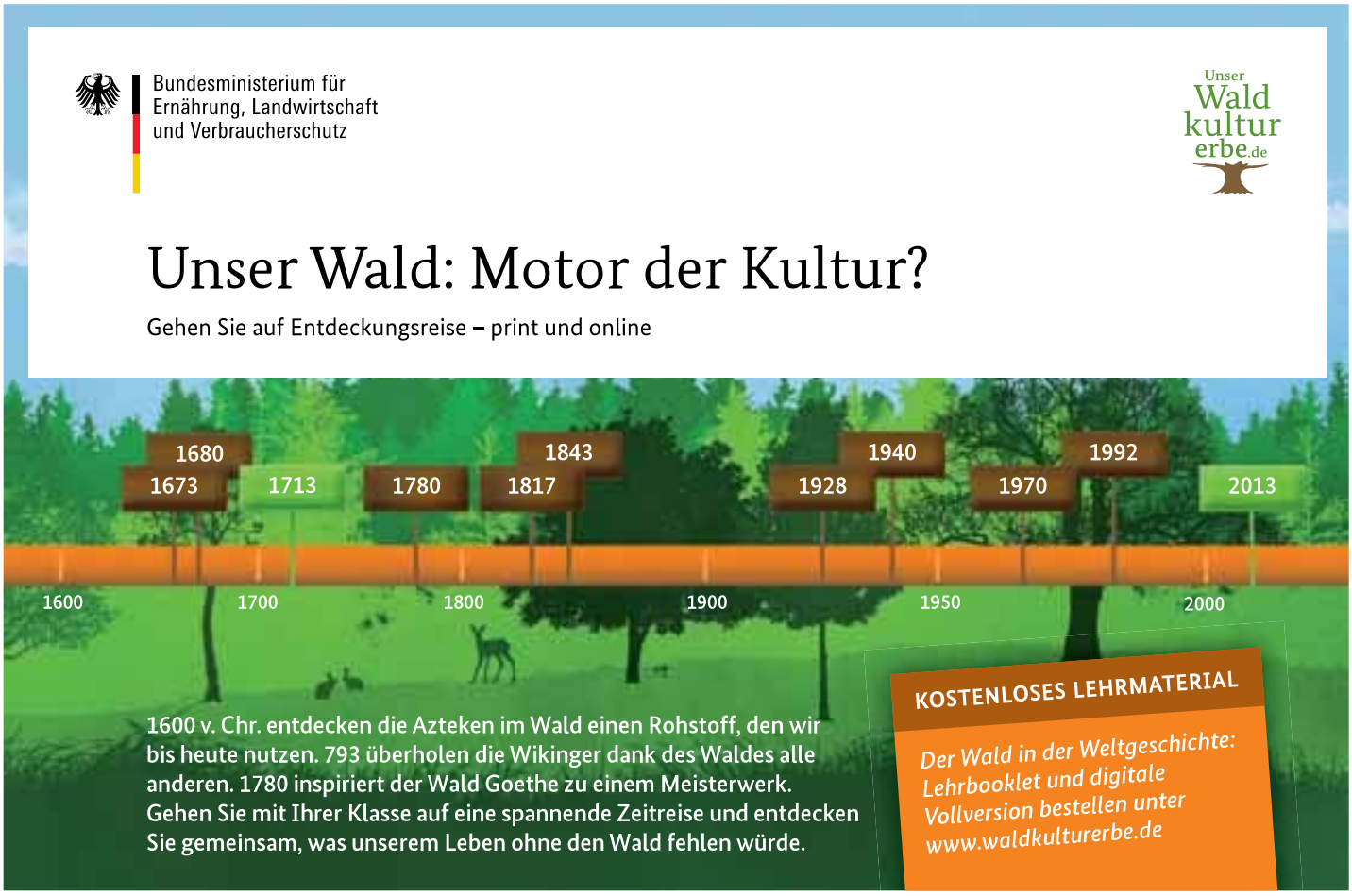


Gute Ganztagsschulen, inklusiven Unterricht oder weniger Schülerinnen und Schüler auf unterstem PISA-Kompetenzniveau gibt es nur, wenn zusätzliches Personal eingesetzt wird. Werden Stellen abgebaut, ist das ein starkes Indiz dafür, dass der Bedarf zu niedrig geschätzt wird. Ein noch deutlicheres Alarmsignal ist, dass die Länder bereits in den vergangenen Jahren deutlich weniger Lehrkräfte eingestellt haben als die KMK für erforderlich hält. 2012 lag die Differenz zwischen gemeldetem Bedarf und tatsächlichen Einstellungen bei fast 4000 Stellen (siehe Grafik 1).

Genauso wichtig ist aber, die Steuerungsprobleme am Lehrerarbeitsmarkt in den Griff zu bekommen. Dass deutlich mehr Absolventinnen und Absolventen zur Verfügung stehen werden, als Bedarf geschätzt wird, stellt man nicht zum ersten Mal fest. Zu Beginn der 80er- und Mitte der 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts hatten wir ähnliche Situationen – die Perspektive bis 2025 ist eine Folge davon: Die Empfehlung, Lehrämter zu studieren, kommt regelmäßig, wenn ein Mangel offenkundig wird. Die Warnung davor erst, wenn ein Großteil der jungen Menschen bereits ein Lehramtsstudium aufgenommen hat. Das ist natürlich zu spät und löst auch die hausgemachten Ausbildungsprobleme nicht.

Der Kern des Fehlsteuerungsproblems liegt in einer Ausbildung, die viel zu früh auf Schultypen und -stufen ausgerichtet ist. Ab 2021 rechnet die KMK im Bereich der Sekundarstufe II (allgemeinbildende Fächer) und Gymnasien mit Einstellungszahlen von weniger als 5000 Lehrkräften, während im Schnitt über 12 000 Absolventinnen und Absolventen das Referendariat abschließen. 7000 bis 8000 Bewerber werden jedes Jahr leer ausgehen – das sind vier Fünftel des für alle Schularten prognostizierten „Überangebots“. Darin spiegelt sich die höhere Attraktivität des Gymnasialzweigs, die wiederum auf einer besseren Bezahlung und einem vermeintlich höheren gesellschaftlichen Ansehen beruht.

Hier setzen sowohl die Kritik als auch die Lösungsvorschläge der GEW an: „Während in Deutschland in der Sekundarstufe I überall Lehrerknappheit herrscht, wollen viel zu viele junge Menschen besser bezahlte Gymnasiallehrer werden. Wir wollen ein inklusives Schulsystem, eine Ausbildung aller Lehrkräfte für die ‚Eine Schule für alle Kinder‘. Auf diesem Weg werden die unterschiedliche Ausbildung und Bezahlung der Lehrkräfte nach Schulformen zum Anachronismus“, betont GEW-Vorsitzende Tepe. Zwischen unterschiedlichen Schulformen könnten Mängel und Überhänge viel besser ausgeglichen werden und negative Auswirkungen auf die Bezahlung gäbe es auch nicht mehr. Den Verteidigern spezifischer Lehrämter für Gymnasien bleibt dagegen nur der Weg, vor einem Lehramtsstudium zu warnen, um zehn Jahre später wieder über Mängel zu klagen. Aus diesem sogenannten „Schweinezyklus“ herauszukommen, ist die eigentliche Herausforderung.

Nils Kammradt,
Leiter des Parlamentarischen Verbindungsbüros der GEW, Gesa Bruno-Latocha,
Referentin im GEW-Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik

http://www.kmk.org/statistik/schule/statistische-veroeffentlichungen/lehrereinstellungsbedarf-und-angebot.html
http://www.gew.de/GEW_Alle_Lehrkraefte_gleich_gut_bezahlen.html